

Das soll nach gelassenem Realismus aussehen, und es wird in den politischen Gremienwelten oft auch so empfunden. In den Medien ohnehin, denn deren Tageshorizont blendet längerfristige Entwicklungen aus. Aber es ist doch wenig professionell, eine Regierungszeit so zu beginnen – wenn schon jetzt erkennbar ist, dass Durchwursteln bis 2013 nicht gehen wird.

Die öffentlichen Haushalte, durch den Populismus der Schuldenbremse nun auch verfassungsrechtlich unter Druck, sind seit Beginn der Wirtschaftskrise wieder komplett aus dem Lot. Und zum Gerede über die Größe und Tiefe dieser weltweiten Rezession passt der Kleinmut nicht, mit dem dieses Thema von Schwarz-Gelb ausgespart und durch Steuersenkungsideologie sogar noch verschärft wird. Überschrift zur mageren Einleitungsseite im Koalitionsvertrag: »Wohlstand für alle«. Das ist

Erhard-ergebene Pflichtrhetorik, einerseits. Und doch, zumal bei globaler Betrachtung, nicht weit weg von Gregor Gysis substanzarmer Wahlkampfparole »Reichtum für alle«. Womit umso klarer wird, wie beliebig die Floskeln geworden sind. Abgegriffene ideologische Heimatsignale, nur dies noch.

Man kann es aber auch so sehen: Die neue Mehrheit lässt der Opposition allemal Raum für tiefer reichende Ideen. Die werden dringend gebraucht, wenn Schwarz-Gelb sich erst mit all den Klein- und Kleinstvorhaben im Gestrüpp der Lobbyinteressen verheddert hat. Denn dann folgt – nicht weniger oberflächlich und oft geradezu heuchlerisch, aber stimmungswirksam – die nächste Welle der Enttäuschung. Nicht nur über Angela Merkel und Schwarz-Gelb. Wie immer: über die Politik schlechthin.

Christoph Zöpel

Honduras – auf dem Weg in die 70er Jahre?

Seit Ende Juni verbreiten sich Nachrichten um die Welt, die aus dem Lateinamerika der 70er Jahre zu stammen scheinen. Der Präsident von Honduras, Manuel Zelaya war vom Militär seines Staates nach Costa Rica ausgeflogen worden. Parlamentspräsident Roberto Micheletti wurde als Nachfolger eingesetzt. Der neue Präsident erklärte die Absetzung für legal, das Militär habe auf Beschluss des Obersten Gerichts gehandelt, denn Zelaya habe die Verfassung gebrochen und andere Rechtsverstöße begangen.

Eine Rückkehr in die 70er Jahre will die Welt nicht – die UN, die Organisation Amerikanischer Staaten, die USA und die EU verlangen die Wiedereinsetzung Zelayas und verhängen diplomatische und finanzielle Sanktionen. Der Präsident von Costa Rica, Arias, begann zu vermitteln. Er scheiterte, weil die Rückkehr des gewählten Präsidenten die Grundbedingung ist.

Im Gegenzug erweist sich die Regierung als das, was sie zu verhindern vorgibt – als ein diktatorisches Regime. Die Zahl



Christoph Zöpel

(* 1943) Staatsminister a.D., war u.a. von 1978 bis 1990 Minister in NRW und von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Zuletzt erschienen: *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft*.

christoph.zoepel@t-online.de

getöteter Demonstranten steigt, die Grundrechte werden für 45 Tage außer Kraft gesetzt, reiche Grundbesitzer werben laut

Spiegel vom 26. Oktober paramilitärische Söldner an. Demonstranten werden in einem Stadion zusammengetrieben – zu Pinochets seligem Angedenken. Doch die 70er Jahre?

Langsam ließ sich Micheletti auf weitere Vermittlungsgespräche mit Repräsentanten anderer Staaten ein, die bis Redaktionsschluss allerdings als gescheitert angesehen werden mussten. Dabei pochte er auf die völkerrechtliche Souveränität von Honduras, verbat sich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Die völkerrechtliche Souveränität ist das entscheidende Kriterium, an dem die Ereignisse in Honduras und ihre exemplarische Bedeutung für eine demokratische Weltordnung beurteilt werden müssen. Doch wie sieht die Realität der Souveränität von Honduras aus? Dazu einige Zahlen:

Honduras verfügt bei 7,2 Mio. Einwohnern über 7.000 Polizisten. Aber es gibt 70.000 private Sicherheitskräfte. Sicherheit ist das Feudalmonopol einer Oberschicht von zehn bis 15 Familien. In den Straßen sind 100.000 potenzielle Gewalttäter unterwegs, die bis zum Mord gehen.

Die Welt fragt wenig nach der Realität von Souveränität in den kleinen Staaten Zentralamerikas. Schon die Frage würde einige Fiktionen des Völkerrechts und des auf ihm bauenden Staatensystems problematisieren. Voraussetzung von Souveränität ist das Gewaltmonopol des Staates nach innen. Die genannten Zahlen zeigen, dass davon in Honduras keine Rede sein kann. Helmut Kurths Jahresbericht 2007 der Friedrich-Ebert-Stiftung ist zu entnehmen, dass Honduras zu den Staaten mit der höchsten Mordrate zählt, acht bis elf Menschen am Tag.

So wenig wie das Sicherheitsmonopol funktioniert die Strafgerichtsbarkeit. Auf über 90 % wird der Anteil der gewaltsamen Todesfälle geschätzt, die unaufgeklärt bleiben und keiner gerichtlichen Verurteilung zugeführt werden. Der Oberste Gerichtshof selbst beklagt, dass es bei 60.000

gemeldeten Straftaten nur in rund 3.000 Fällen zu Gerichtsverhandlungen komme.

Wird Demokratie funktionell als das gewaltenteilige Wirken von Exekutive, Judikative und Legislative verstanden, so sind die ersteren beiden offenkundig defekt. Und eine demokratische Legislative ist untrennbar mit dem Recht auf politische Partizipation verbunden. In einem Staat ohne innere Sicherheit aber fehlt dafür bereits die Grundvoraussetzung: öffentlicher Raum. Er kann angesichts fehlender Sicherheit auf Straßen und Plätzen nicht existieren. So ist Partizipation unmöglich. Der Erzbischof von Tegucigalpa, Kardinal Rodríguez, der im Übrigen die Absetzung Zelayas zu rechtfertigen suchte, sagt dazu in einem Interview (*FAZ* 16.7.09): »Bis heute sind die Möglichkeiten des Volkes zu demokratischer Teilhabe kaum entwickelt. Das ist der schwache Punkt unseres jahrzehntealten Zwei-Parteien-Systems.« Das Zwei-Parteien System in Honduras – wie die überraschende Rolle Zelayas – charakterisiert der Interviewpartner des Kardinals, Daniel Deckers, so: »Zelaya und der neue Präsident Micheletti gehören derselben kleinen Oberschicht an, die alle Regierungswechsel bisher schadlos überstanden hat.« Der Partido Liberal, dem Zelaya wie Micheletti angehören, und der Partido Nacional, stellen sozialökonomisch keine Alternativen dar. Sie repräsentieren die weiße Oberschicht, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, darunter ein hoher Anteil Indigener, ausschließt.

Diese fehlende politische Integration ist Folge fehlender sozialer Integration. Über 50 % der arbeitenden Bevölkerung hat keinerlei sozialen Schutz.

Die Ereignisse in Honduras haben ihren regionalen und globalen Kontext. Honduras ist einer der sechs Staaten auf dem zentralamerikanischen Isthmus mit zusammen nur 42 Mio. Einwohner. Das Interesse an der völkerrechtlichen Souveränität haben in diesen Staaten kleine ökonomische Eliten, die vor allem steuerliche Vor-

teile genießen – auch im Vergleich zu den USA. Der Spitzensteuersatz in Honduras beträgt 10 %, in der Realität ist er eher null. Basis der wirtschaftlichen Tätigkeiten sind Exporte in die USA. Die Privilegien werden geschützt vom Militär, das eng mit den Streitkräften der USA vernetzt ist. Vor 1989 verband sich die Unterdrückung der sozial nicht integrierten Bevölkerungsmehrheit mit dem Kampf gegen kommunistische Unterwanderung. In Guatemala und El Salvador waren Jahrzehnte währende Bürgerkriege die Folge. In Nicaragua »gelang« die sandinistische »Revolution«. Honduras wurde zur Basis amerikanischer Militärkräfte und -berater, die in den Bürgerkriegen auf Seiten der privilegierten Eliten standen.

Nach 1989 ging die Unterdrückung zurück, soziale Integration aber wurde nicht erreicht, in Honduras kaum angestrebt. In den zwei letzten Jahren gab es Wahlerfolge linker Parteien in Guatemala und El Salvador. Sie werden nicht im

Zusammenhang mit den Irrationalitäten und Demokratieverletzungen von Venezuelas Chávez genannt, der als gesamtamerikanische Begründung der Absetzung Zelayas genannt wird. So ist die Debatte um die Absetzung Zelayas ein Zeichen, dass die Gefahr des aus der Sowjetunion importierten Kommunismus vorbei ist, nicht aber die Not demokratisch kaum erträglicher sozialer Verhältnisse. Das unterscheidet Zentralamerika von Osteuropa. Während die EU die Politik sozialer Kohäsion kennt, fehlt sie in Amerika. Das Resultat sind in Honduras der Zusammenbruch von Staatlichkeit und die Verletzung fundamentaler sozialer Menschenrechte. Es gehört zur gemeinsamen Verantwortung der USA und der EU darüber den Dialog zu beginnen. Sonst bleibt es etwas bizarr, dass die USA Probleme der Staatlichkeit in Südosteuropa lösen wollen, während sie nicht bereit sind, Staatlichkeit in Zentralamerika zu sichern.

Analyse:

Karsten Rudolph

Das Bundesverfassungsgericht als letzte Instanz deutscher Politik?

Der aus einer unübersichtlicher werdenden Parteienlandschaft erwachsenden Entscheidungsschwäche der anderen beiden Gewalten steht eine gestärkte Stellung der Dritten Gewalt, v.a. des Bundesverfassungsgerichts gegenüber. Welche Konsequenzen hat diese Verschiebung für das politische System?

Dass politische Entscheidungsprozesse in modernen Gesellschaften kompliziert verlaufen, ist am Beispiel der für die Bürger anscheinend immer undurchsichtiger werdenden politischen Ordnung der Bundesrepublik und ihrer länger werdenden Verhandlungswege schon oft beklagt und ausgiebig beschrieben worden. In den seltensten Fällen wird allerdings die Rolle der Dritten Gewalt und insbesondere des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) im System



Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de

der politischen Verflechtungen beleuchtet. Die Urteile hoher Gerichte und des höchst-